

Michael Brie
Bereich Politikanalyse
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Strategische Herausforderungen für eine Neue Europäische Linke – drei Thesen

Beitrag für die Internationale Konferenz der RLS, 29. bis 31. Oktober
2003, Warschau)

1. These: Die Erneuerung des programmatischen Anspruchs der Linken	2
2. These: Die Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialstrategie als Grundbedingung einer hegemoniefähigen Linken	4
3. These: Das strategische Dilemma der Linken und die Notwendigkeit der Formulierung von Einstiegsprojekten	9

Parteien und soziale Bewegungen

Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160, politikanalyse@rosalux.de

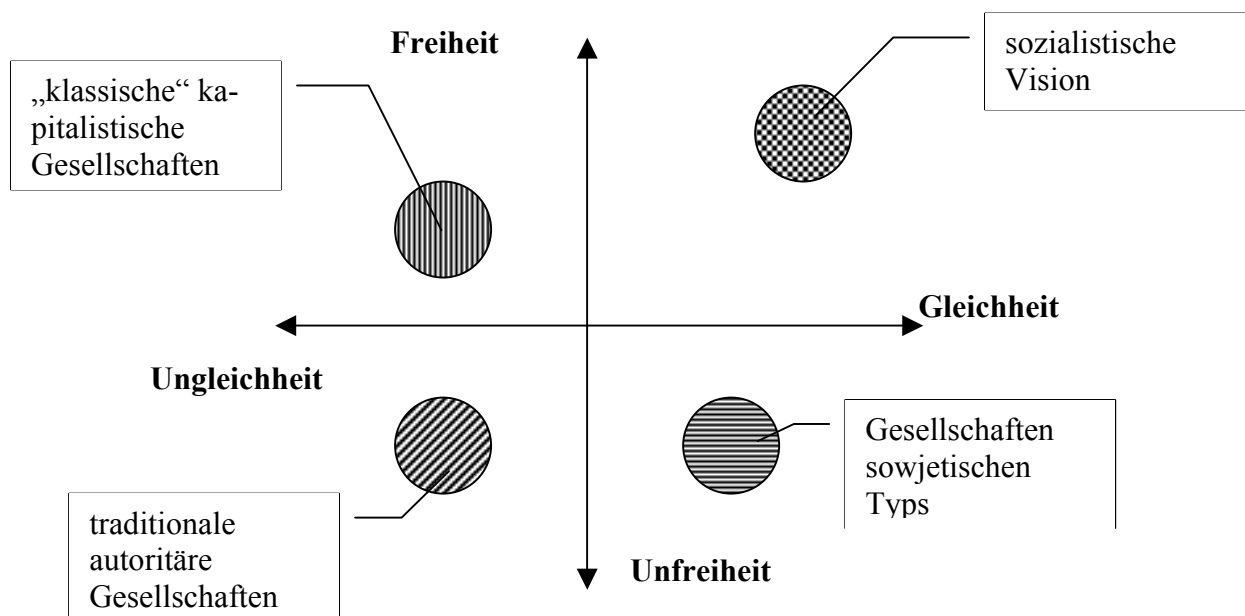
The logo for the Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) consists of the lowercase letters 'rls' in a bold, sans-serif font. The 'r' and 'l' are black, while the 's' is red.

1. These: Die Erneuerung des programmatischen Anspruchs der Linken

Die europäischen Gesellschaften befinden sich in einem völligen Umbruch. Dieser hat sukzessive alle Bereiche erfasst und umschließt heute die technologischen Grundlagen genauso wie die Produktions- und Distributionsweise, die Eigentumsverhältnisse, die Regulationsweise, die Klassen- und Sozialstruktur, die politischen und rechtlichen Formen, die Kultur und reicht hin bis zu einer neuen Sicherheitsarchitektur und militärischen Aufrüstung. Die Europäische Union wird in wenigen Monaten um weitere zehn Mitglieder erweitert sein und ist zugleich von neuen tiefen inneren Spannungen geprägt. Nichts bleibt, wie es war.

Der Anspruch jeder Linken war und ist es, derartige Umbrüche im Interesse sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu gestalten und dabei Freiheit und Gleichheit zu verbinden. Ein wichtiger Teil dieser Aufgabe ist es, die grundlegenden Güter der Gesellschaft, die Freiheit garantieren, umfassend zu produzieren und nach unten umzuverteilen, damit sie jeder und jedem zugänglich werden. Dies betraf die Forderung nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht genauso wie die nach der Verkürzung des Arbeitstages, nach allgemeiner Schulbildung, öffentlicher Gesundheitsversorgung und Erholung, Schutz vor Kriminalität, Zurückdrängung und Beseitigung von Armut sowie Herstellung einer europäischen und globalen Friedensordnung. Es waren Karl Marx und John Stuart Mill, die das Ideal eines libertären Sozialismus oder sozialen Liberalismus fast gleichlautend so umschrieben – anzustreben sei eine Assoziation, „in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ werde.

Grafik 1: Gesellschaften im Vergleich



So unterschiedlich im einzelnen die Lage der pluralen Linken in den einzelnen europäischen Ländern ist, so sehr steht sie insgesamt immer noch am Anfang, erfolgreiche und nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen der genannten Umbrüche zu finden, die den Kriterien

einer sozialen Demokratie¹ bzw. einer Gesellschaft, die die Profitdominanz aufgehoben hat², gerecht werden. Die *Dritten Wege* und Strategien einer *Neuen Mitte* haben sich nicht als dauerhaft erwiesen und konnten mehrheitlich den Tendenzen des Neoliberalismus mit seiner Verstärkung der Ungleichheit, der wachsenden Polarisierung der Gesellschaft, der Verunsicherung aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nicht wirksam widerstehen.³ In der Tendenz hat die Mehrheitslinke ihr eigenständiges Profil im hohen Maße verloren und verfolgt Strategien, die sich zwar in Radikalität und Konsequenz, nicht aber der Richtung nach von denen der Mehrheitsrechten unterscheiden und deren Hegemonie unterworfen sind.

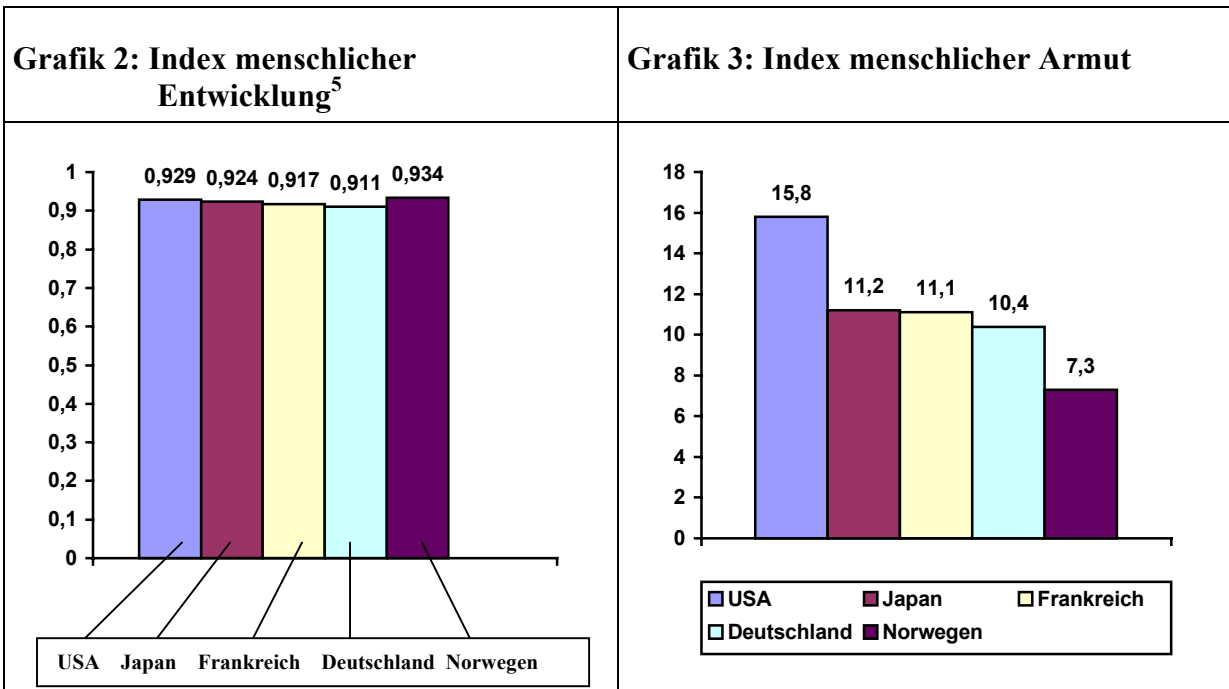
Im gemeinsamen Handeln von konservativen und sozialdemokratischen Regierungen werden europaweit Schritte einer Amerikanisierung unserer Gesellschaften eingeleitet, umfassend formuliert in den in Lissabon beschlossenen Strategie der Modernisierung Europas. In Umsetzung der Strategie von Lissabon verlangte so die Europäische Kommission von Deutschland in ihrem im Juni 2003 bestätigten Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 bis 2005 eine „Modernisierung des sozialen Schutzes“, deren Eckpfeiler (1) ein verstärkter Zwang zur Arbeitsaufnahme durch Absenkung der sozialen Leistungen für Arbeitslose und die Koppelung der Leistungen an die Bereitschaft ist, auch nieder qualifizierte Arbeit aufzunehmen, (2) die höhere regionale und zweigleiche Lohndifferenzierung, (3) der Abbau des Kündigungsschutzes, die (4) Privatisierung von Teilen der Altersvorsorge sowie die „Einführung wirtschaftlicher Anreize für die Erbringer und Empfänger von Gesundheitsleistungen“.⁴ Während bisher die Unterschiede zwischen den USA und Europa hinsichtlich des Maßes menschlicher Entwicklung eher gering und bezüglich des Maßes an Armut in den Gesellschaften relativ hoch sind, könnte es sich erweisen, dass in Umsetzung der neoliberalen Strategie die Vorzüge Europas abgebaut und die der USA zugleich nicht erreicht werden.

¹ Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD schreibt dazu: „Soziale Demokratie basiert auf einem Verständnis der Grundwerte als gleicher Freiheit in einer solidarischen Gesellschaft. Freiheit, verstanden als formelle und materielle Handlungschance, Gerechtigkeit verstanden als gleiche Freiheit und Solidarität als Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe verlangen ein neues Verständnis der Organisation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.“ Dieses sieht Thomas Meyer im Modell der „sozialen Demokratie“ verwirklicht: „Es beruht auf der historischen Erfahrung, dass die liberalen Menschenrechte der negativen Freiheitsentfaltung für die sozial Schwachen und Unselbständigen nur dann einen Wert haben, wenn sie durch soziale Menschenrechte ergänzt und abgesichert werden. Erst im Wechselverhältnis von *liberalen, demokratischen und sozialen Bürgerrechten* gewinnen daher für die schwächeren Teile der Gesellschaft die mit ihnen verbundenen Freiheitschancen einen positiven Wert. Daraus folgen vier für soziale Demokratie konstitutive *institutionelle Prinzipien: Rechtsstaatliche Demokratie* als Staatsform, demokratische Mit- und Selbstbestimmung als *gesellschaftliches Organisationsprinzip, soziale Gerechtigkeit und Sicherung der materiellen Freiheitsgrundlagen als Bürgerrecht* und damit das *Primat der Gestaltungs- und Interventionsrechte des Staates gegenüber den Märkten und wirtschaftlicher Macht.*“ Meyer, Thomas, 2002: Soziale Demokratie und Globalisierung. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., S. 27 f.

² Im neuen Parteiprogramm der PDS werden Grundmerkmale einer sozialistischen Ordnung so bestimmt: „Eine sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, garantiert in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen und Völker. Sie ist eine Gesellschaft, in der die Profitdominanz beseitigt ist. Sie verwirklicht eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse erstreckende Demokratie. Sie erfordert die Unterordnung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise unter das Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu ermöglichen. Dazu gehören die entsprechende Veränderung der Richtung des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Bewahrung der natürlichen Umwelt, die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat, Solidarität nach innen und außen sowie eine weltumspannende Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt.“

³ Eine gewisse Sonderrolle scheint auch weiterhin das skandinavische Modell zu haben.

⁴ Empfehlung der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 – 2005.
http://europa.eu.int/economy_finance/publications/european_economy/2003/comm2003_170d



2. These: Die Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialstrategie als Grundbedingung einer hegemoniefähigen Linken

Die Hegemonie des Neoliberalismus gegenüber der Linken zeigt sich darin, dass diese die Grundannahmen der Rechten weitgehend übernommen hat, nur geringe Möglichkeiten der gesellschaftlichen Steuerung der Volkswirtschaften sieht, und Wettbewerbsvorteile entgegen den empirischen Tatsachen in der Reduktion des Sozialstaats, in Privatisierung und Deregulierung sowie Vermarktung aller sozialen Bereiche sucht.⁶ *Eine Erneuerung der*

⁵ Die Angaben sind entnommen: Karl-Georg Zinn: USA – Strukturveränderungen und Schlussfolgerungen für Deutschland. In: Göran Therborn/Karl Georg Zinn: Europa & Amerika im 21. Jahrhundert. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2000, S. 50. Der *Index menschlicher Entwicklung* bewertet die Länder unter den Gesichtspunkten von Lebenserwartung Neugeborener, Alphabetisierungsquote Erwachsener, Einschulungsquoten und Pro-Kopf-Einkommen. Der *Index menschlicher Armut* analysiert die jeweiligen Länder vor allem unter dem Aspekt der Ungleichheit und erfasst Indikatoren, die die soziale Spaltung einer Gesellschaft widerspiegeln. Dazu gehören: Anteil der Bevölkerung mit einer Lebenserwartung unter sechzig Jahren, Anteil der funktionalen Analphabeten, Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit, Anteile des oberen bzw. unteren Fünftels der Bevölkerung am Gesamteinkommen sowie Anteil der sozial Armen an der Bevölkerung.

⁶ Colin Hay resümiert diese empirischen Ergebnisse in den folgenden acht Thesen:

1. Although the period since the 1960s has seen the growing openness of national economies ..., there is still some considerable way to go before pre-World War One figures are likely to be exceeded...
2. There continues to be a positive and, indeed, strengthening relationship between public spending ... and economic openness ...
3. There is no inverse relationship ... between the volume of inward foreign direct investment and levels of corporate taxation, environmental and labour-market regulations, generosity of welfare benefits or state expenditure as a share of gross domestic product ...
4. Trade and international flows of capital ... tend to be extremely concentrated within the core 'triad' (of Europe, North America and Pacific Asia) providing evidence of regionalisation and 'triadisation' but hardly of globalisation ...
5. The pace of economic integration is higher *within* regions (such as Europe, North America or Pacific Asia) than it is *between* regions, suggesting that regionalisation rather than globalisation is the overriding dynamic in the process of international economic integration ...

europäischen Linken wird nur dann möglich sein, wenn sie eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt, die auf die Stärkung der Grundlagen einer sozialen Demokratie zielt.

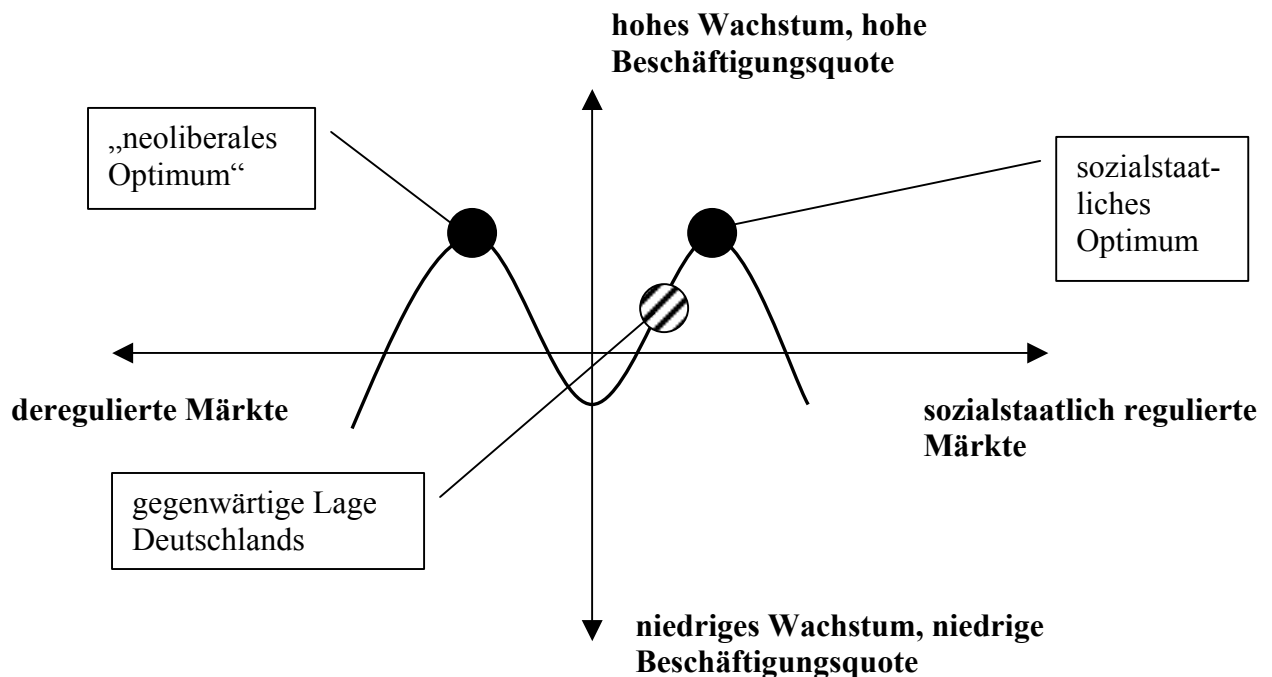
Die bisherige Strategie der Mehrheitssozialisten (der Mehrheit der europäischen Sozialdemokratie), eine neoliberale Wirtschaftsstrategie und des Umbaus der sozialen Systeme mit linker Rhetorik zu verbinden (so die SPD im Wahlslogan „Innovation und Gerechtigkeit“) und zu versprechen, dass dabei die soziale Integration erhalten bleibt, erzeugt machtpolitisch sehr instabile Verhältnisse und ist gesellschaftspolitisch zum Scheitern verurteilt. Die realen Ergebnisse sind ein relativ geringes volkswirtschaftliches Wachstum, Degradation der Sozialsysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge, Herausbildung sich verfestigender Unterklassen, Erhöhung des sozialen Drucks auf marktkonformes Verhalten und eine dauerhafte Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft zugunsten der großen Unternehmen und Kapitaleigentümer.

Die These des Neoliberalismus ist es, dass ein hohes wirtschaftliches Wachstum – zumindest unter den Bedingungen der Globalisierung – hochgradig deregulierte und weit geöffnete Märkte, geringe Steuern und öffentliche Ausgaben voraussetzt. Wenn dies aber empirisch falsifiziert ist, dann stellt sich die Frage, warum Auswege aus einer Depression in Europa vornehmlich in dieser Richtung gesucht werden, warum anstelle eines sozial wie wirtschaftlich fragwürdigen neoliberalen Optimums (O_{NL}) nicht ein sozialstaatliches Optimum (O_{SO}) angestrebt wird (siehe Grafik 5).

-
6. Financial integration has failed to produce the anticipated convergence in interest rates which one would expect from a fully integrated global capital market ...
 7. Financial integration has failed to produce the anticipated divergence between rates of domestic savings and rates of domestic investment which one would expect in a fully integrated global capital market ...

Though the liberalisation of financial markets has certainly increased the speed, severity and significance of investors' reactions to government policy, capital market participants appear far less discriminating or well-informed in their political risk assessment than is conventionally assumed ... Consequently, policy-makers may retain rather more autonomy than is widely accepted. In particular, there is no evidence in Europe of speculative dynamics in financial markets being unleashed against states pursuing social democratic policies.” Hay, Colin, 2003: Be Wary What You Wish for: ‘Third Way’ Political Economy and the Dangers of Neoliberal Contagion in an Enlarged Europe. Paper prepared for presentation at the conference *Mapping the Left in an Enlarged European Union: Convergence or Divergence*, University of Birmingham, 11-12 September 2003.

Grafik 4: Wirtschaftspolitische Alternativen auf dem Wege zum „Optimum“

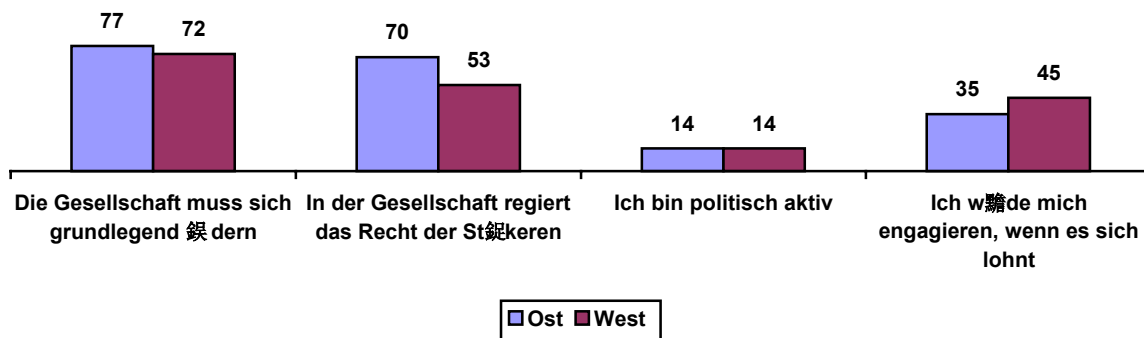


In Europa könnte sich erweisen, dass der Versuch, die neoliberale Wirtschaftspolitik verschärft durchzusetzen, die Depression weiter verstärkt – nicht zuletzt auf Grund des Wegbrechens der Binnennachfrage, da die Mittelschichten aus Angst vor einer weiteren Verschlechterung der Situation ihr Geld anlegen und damit Konsum wie produktiven Investitionen, für die die Nachfrage fehlt, entziehen. In Deutschland wurde durch die bisherigen Rentenreformen das Vertrauen in das öffentlich Rentensystem nachhaltig gestört, so dass es zu einem „Angst-Sparen“ kam, was wesentlich dazu beitrug, dass Deutschland zum Schlusslicht innerhalb der Union beim Wirtschaftswachstum wurde.⁷

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger reagiert auf diese wahrgenommen Veränderungen der Gesellschaft, in der sie leben, mit individuellen Strategien der Anpassung. Gleichzeitig wächst die Differenz zu diesen gesellschaftlichen Tendenzen und entsteht auch ein bestimmtes Potenzial, sozial aktiv zu werden, wenn dafür Erfolgsbedingungen gegeben sind (vgl. Klein 2003: 276 ff.). Große Teile der Bevölkerung sehen dringenden Handlungsbedarf und erwarten von der Politik einen wesentlichen Beitrag zur deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit, zu sozialer Gerechtigkeit und vor allem zur Lösung von Zukunftsproblemen, zur Schaffung von Bedingungen für soziale Sicherheit besonders auf dem Gebiet der Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Rente. Zugleich können sie nicht erkennen, dass die Parteien als die wichtigsten politischen Entscheidungseliten dieser Verantwortung gerecht werden. Die soziale Frage erhält eine starke Zukunftsdimension und wird eng mit der Frage nach der Verantwortung von Staat und Gesellschaft für die Bereitstellung von hochwertiger Bildung und Durchsetzung der realen Chancengleichheit auf diesem Gebiet verbunden. Die Bereitschaft zum Protest gegen eine Politik, die diese Erwartungen nicht erfüllt, steigt an.

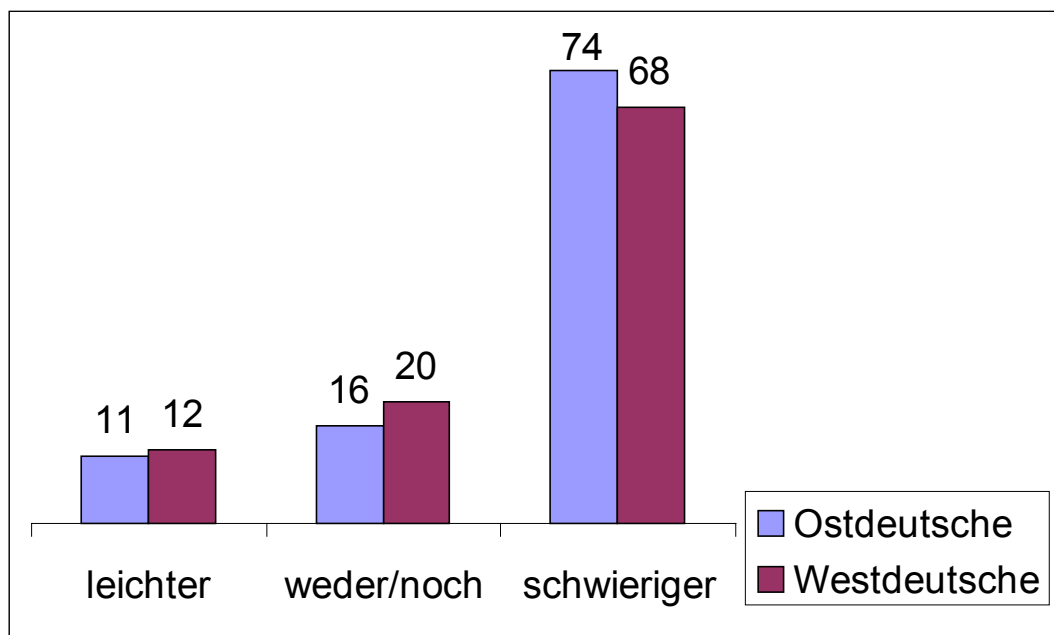
⁷ Die neoliberale Wirtschaftspolitik ignoriert derartige pfadabhängige Faktoren, die tief in den sozialen Strukturen und der sozialen Psychologie eingegraben sind. In Ländern wie den USA kann eine marktfördernde Politik durchaus zu wachsender Konsumnachfrage führen, da sich die Mittelschichten davon Wachstumseffekte versprechen und auf Kredit konsumieren; in vielen europäischen Ländern wird die gleiche Politik zur Konsumzurückhaltung führen und damit genau jene Probleme verschärfen, die sie doch lösen soll.

Grafik 5: Meinungen zur Gesellschaft und zur politischen Aktivität (Fokus 2002: 4)



Die „Mitte“ der Gesellschaft befindet sich also im Umbruch und ist durch dramatische Zukunftsängste geprägt, die vor allem in der sozialen Spaltung der Gesellschaft, in der Auflösung ihres sozialen Zusammenhalts und in der Entstehung oder Ausbreitung von bedrohlichen „Randgruppen“ gesehen werden. Die Gesellschaft und der Staat scheinen unfähig, die Bedingungen für eine sichere Zukunft zu schaffen. Individuelle Anstrengungen dafür werden erhöht, können aber nur bei einem Teil den Rückzug der Gesellschaft aus diesen Aufgaben kompensieren (siehe die Ergebnisse der Pisa-Studie), was die soziale Polarisation noch verstärkt.

Grafik 6: Für die nächste Generation wird das Leben in unserem Land



QUELLE: BRÄHLER 2001

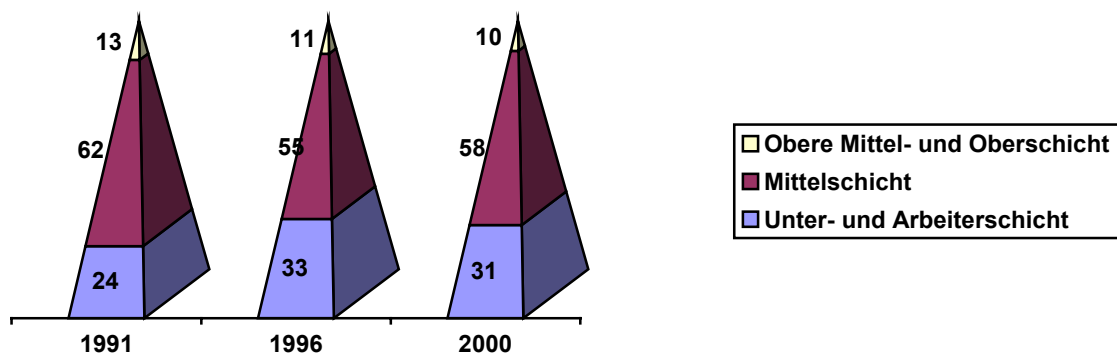
In den achtziger und neunziger Jahren kam es mit der Krise des Fordismus⁸ zur Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen des gesamten sozialen und politischen Systems. Damit brachen soziale Konflikte auf, die vorher randständig gewesen zu sein schienen. Dies gilt gerade auch für den Konflikt zwischen „Arm“ und „Reich“. War er Anfang der neunziger Jahre nur für eine (wesentliche) Minderheit bedeutungsvoll (im Bundesgebiet West 1993 für 36 Prozent), so seit Ende der neunziger Jahre für 70 bis 80 Prozent (Chrapa/Wittich 1998 und Chrapa

⁸ Vgl. dazu ausführlich: Klein, Dieter (Hrsg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Karl Dietz Verlag.

2002). Er gehört zu jenen Konflikten, von denen große Mehrheiten annehmen, dass sie sich verschärfen. Hinter diesen Aussagen steht vor allem das Gefühl einer wachsenden Bedrohung der eigenen Stellung durch Arbeitslosigkeit, scharfe Arbeitsmarktkonkurrenz, Rückzug des Staates aus der sozialen Unterstützung sowie die Erkenntnis, dass vor allem das Leben der Kinder oder Enkel davon bestimmt sein wird. Es ist die Einsicht, mit der Gefahr leben zu müssen, ins soziale Abseits, in die Unterklasse der Gesellschaft, in die Gruppe derjenigen, die „überflüssig“ sind, abgedrängt zu werden.⁹

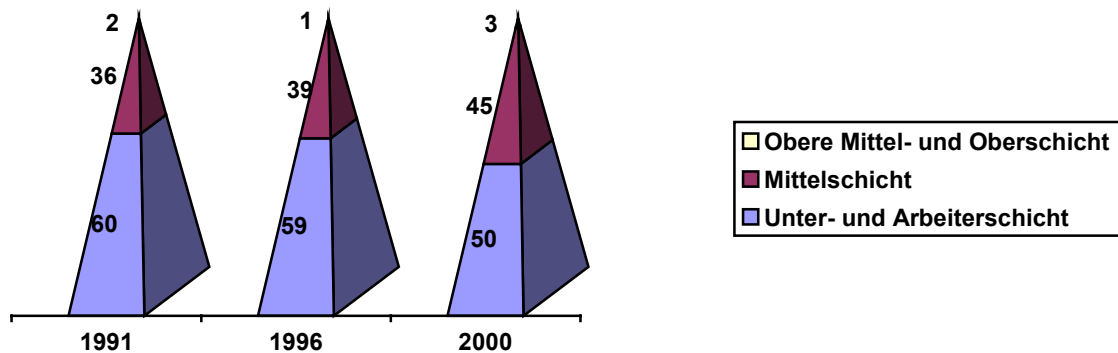
Die verbreitete Vorstellung, die Deutschen würden meinen, sie lebten in einer Mittelstandsgesellschaft ohne erkennbares „Oben“ und „Unten“ ist schlicht falsch. Von einer „Entschichtung“ kann nicht gesprochen werden (siehe dazu ausführlich Noll 1999). Der Anteil derer, die sich dem „Unten“ und der Arbeiterschaft zurechnen, ist in Westdeutschland seit Anfang der 90er Jahre gestiegen und ist in Ostdeutschland trotz Rückgang auf einem wesentlich höheren Niveau als in Westdeutschland geblieben.

Grafik 7: Subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland (Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996, 2000)



⁹ Als „zeitweilige“ Unvermeidlichkeit wird eine solche Tendenz nur selten offen artikuliert: „In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. ... Die Nachteile der Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muss auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist.“ Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997:23

Grafik 8: Subjektive Schichteinstufung in Ostdeutschland (Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996, 2000)



Eine Politik, die sich auf die „Mitte“ der Gesellschaft fixiert, übersieht, dass Menschen sich gerade dann in vertikalen Strukturen von „Oben“ und „Unten“ verorten, wenn sie den sozialen Abstieg fürchten müssen. Vor allem auch für jene, die sich selbst in der „Mitte“ der Gesellschaft sehen, ist die offensichtliche Existenz eines „Unten“ ein latente Bedrohung. Wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze, die nach den traditionellen Zweigen nun auch die neuen Industrien und Dienstleistungen erreicht hat, der Druck zu verstärkter privater Absicherung von Gesundheit und Rente sowie der eigenen wie der Bildung und Ausbildung der Kinder, starke Mobilitätswänge mit allen Folgen von Entsozialisierung verändern das Leben der Mehrheit der Gesellschaft und nicht nur derer, die von sozialer, kultureller und politischer Marginalisierung direkt betroffen sind.

Die wichtigste offene gesellschaftliche Aufgabe der Linken in Europa bleibt es, eine Strategie zu formulieren und mehrheitsfähig zu machen, die *durch* eine sozial gerechte und ökologisch sowie global verantwortliche Politik hohe Wertschöpfung erzielt und damit dem Modell einer sozialen Demokratie wieder zur Ausstrahlung verhilft. Sozialpolitik darf nicht länger als Reparaturinstrument einer unsozialen Wirtschaftspolitik dienen, die nicht in der Lage ist, ihre eigenen Ergebnisse zu verantworten. Die Produktivität von Sozialpolitik und die Sozialität von Wirtschaftspolitik müssen komplementär zueinander entwickelt werden. Verteilung ist ein zentraler Faktor der Produktion und die Struktur der Produktion bedingt letztlich die Art der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Perspektive der Hegemonie einer Neuen Europäischen Linken ist realistisch. Sie wird sich aber nur herstellen, wenn Fragen von Produktion, Eigentum und Macht, von Politik und Kultur in einer Weise beantwortet werden, die den Antworten des Neoliberalismus nicht nur moralisch, sondern auch im Sinne der Freisetzung eines höheren Freiheitspotenzials und ökonomisch überlegen ist. Dazu bedarf es einer eigenen überlegenen Fortschrittsvision einer Neuen Linken. Mehrheiten sind niemals jenseits von überzeugender Wirtschaftspolitik, linke Mehrheiten niemals durch Marktradikalismus und Durchkapitalisierung der Gesellschaft zu gewinnen.

3. These: Das strategische Dilemma der Linken und die Notwendigkeit der Formulierung von Einstiegsprojekten

Die sog. radikale europäische Linke in Gestalt der linkssozialistischen, kommunistischen und trotzkistischen Parteien sowie neuen Bewegungen befindet sich in einem strategischen Dilemma. Soweit sie sich darum bemüht, den grundsätzlichen Dissens mit der herrschenden Politik zu artikulieren, gerät sie in die Gefahr, zu einer bloßen Protestbewegung zu werden, in eine politische Isolation zu verfallen und zur Sekte zu werden. Ihr Gebrauchswert für die

Gesellschaft wäre der eines guten Gewissens gegenüber schlechten Taten – genauso unverzichtbar wie unpraktisch. Soweit die radikale Linke aber versucht, in Form von Regierungsbeteiligungen oder anderen strategischen Bündnissen mit der Mehrheitslinken zusammen zu wirken, ist sie unter den Bedingungen einer Hegemonie des Neoliberalismus mehr noch als die Mehrheitssozialisten dem Verdacht des Verzichts auf eigene Positionen und auf eine eigene Funktion bei der Formulierung von Politik, die über die der Abschwächung von Übeln hinausgeht, ausgesetzt. Gerade weil sie so radikale Maßstäbe an Politik anlegt, erscheint sie gemessen an diesen eigenen Maßstäben im besonderen Maße als unglaubwürdig. Innerhalb dieses Dilemmas werden durch Akteure der Parteien der radikalen Linken alternative Deutungen formuliert (siehe Tabelle 1 für die PDS).

Tabelle 3: Alternative Vorstellungen zum Selbstverständnis der PDS

Position A		Position B
2006 (Strategie der Selbstbehauptung bei Wahlen)	Zeithorizont	ein Jahrzehnt (2006 nur als Zwischenschritt)
Veränderung der parlamentarischen Machtverhältnisse	unmittelbares politisches Ziel	Untergrabung der politischen Legitimation des herrschenden Kurses und Schaffung von Bedingungen für ein neues Bündnis
bei Richtungskonstanz linkere Ausrichtung eines Dritten Weges durch Regierungsbündnis mit SPD und Grünen	strategisches politisches Ziel	Schaffung der Voraussetzungen für einen Richtungswechsel (hin zu ziviler und sozialer Demokratie durch Veränderung der Hegemonie in der Gesellschaft)
Oben-Mitte bei „Abfederung“ für Unten die „Mitte“	soziale Orientierung	Mitte-Unten
	soziale Gruppen, mit denen besonders kommuniziert werden soll (potenzielle WählerInnen)	Gruppen mit hohem kulturellen Kapital und solidarischen Einstellungen <u>und</u> spezifische benachteiligte Gruppen (alleinstehende Frauen mit Kindern; Arbeitslose etc.)
SPD und Grüne (die ihrerseits sozial verankert)	primäre Bündnispartner	linke GewerkschaftlerInnen und soziale Bewegungen
Parteien	langfristige Partner	neues Netzwerk von linksorientierten sozialen Organisationen und Bewegungen, dessen Teil und Partner die PDS ist; starke Vertretung von Persönlichkeiten derselben in Führungsgremien und bei AktivistInnenenschaft)
parlaments- und regierungszentriertes Projekt	Parteiprojekt	als parteipolitischer Akteur im Netzwerk von Organisationen und Bewegungen
Fraktionen und „Stäbe“; parlamentarische und Regierungsmaschine Funktions- und Wählerpartei	organisatorische Grundformen der Partei	Vernetzungsgremien und Projekte (deren Teil die Fraktionen und Basisorganisationen sind) Mitglieder- und Aktivistenpartei, die in der Zivilgesellschaft verankert ist und breite Teile der Bevölkerung unmittelbar im Alltag erreicht

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur im produktiven Umgang mit den zugrundeliegenden Widersprüchen und durch Gewinnung einer historischen Perspektive gesucht werden. Drei vornehmlich Aufgaben wären zu nennen, die dabei zu lösen wären:

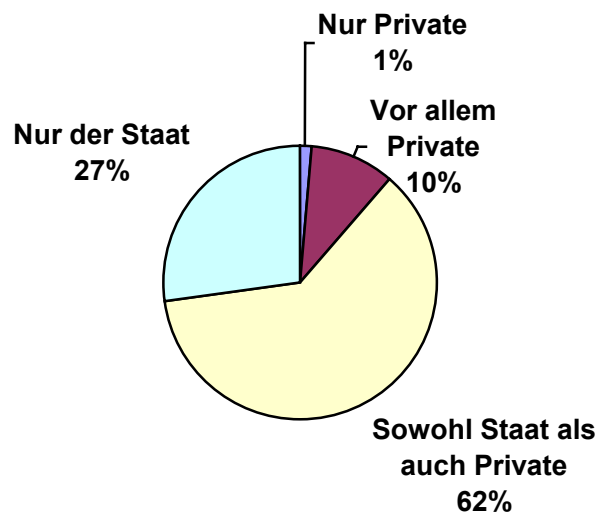
Erstens könnte die radikale Linke versuchen, eine bestimmte Vorreiterrolle bei der in These 2 geforderten Entwicklung von eigenständigen linken Strategien zu spielen. Sie hätte sich auf den Standpunkt einer vereinigten mehrheitsfähigen Linken zu stellen, um von dort aus

wirtschaft- und sozialpolitische Alternativen, Projekte der Demokratisierung unserer Gesellschaften und der wirksamen Friedenssicherung durch Prävention und friedliche Konfliktlösung zu formulieren. Sie hätte eine eigene Reformagenda aufzustellen, die den Realitäten gerecht wird, einen Interessenausgleich zugunsten der Mitte und des Unten in der Gesellschaft sucht, Perspektiven eröffnet und sich in *Einstiegsprojekten* manifestiert. Diese könnten in Deutschland u. a. sein: Übergang zu einem Sozialsystem, das auf der Gesamtheit der Einkommen basiert und gleiche Grundansprüche formuliert; Übergang zu einem Steuersystem, das in der Wirtschaft auf der Wertschöpfung basiert und bei den Einkommen untere Schichten deutlich entlastet und bei den oberen Schichten Einkommen geringer belastet, die produktiv investiert werden; Ausbau der Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen und Regionen insbesondere in den Feldern von Bildung, Wissenschaft und Kinderbetreuung; Übergang zu aktiver Wirtschaftspolitik durch Verdoppelung bzw. Verdreifachung der öffentlichen Investitionen in den Zukunftsbereichen; Förderung der humanorientierten Dienstleistungen; Erprobung von Formen partizipativer Haushaltspolitik; Aufbau europäischer Kräfte der zivilen Krisenprävention.

Eine *zweite* Aufgabe der radikalen Linken wäre es, ihrerseits für den Aufbau einer sozial und kulturell verankerten Neuen Linken zu wirken. Die Veränderungsprozesse in den Gewerkschaften, NGO's, den sozialen Bewegungen, dem Sozialforumsprozessen usw. zeugen davon, dass es ein Potenzial für eine neue linke Formation gibt – teils durch Transformation „alter“, teils durch Bildung neuer Akteure. Dies ist ohne eine Verständigung über die Funktion, die Arbeitsweise und Organisationsprinzipien von Parteien der radikalen Linken unmöglich. Ihre Fähigkeit, als eine neue Volkspartei massenverbindend zu wirken (Porcaro), außerparlamentarisches und parlamentarisches politisches Wirken der Linken zu vermitteln, aktive Minderheiten mit gesellschaftlichen Mehrheiten zu verbinden, sind nur einige der Herausforderungen. Es wäre eine Aufgabe, die immer die Schaffung einer neuen breiten Linken, eine linke Hegemonie über die Mitte der Gesellschaft und ein zukünftiges politisch regierungsfähiges Mitte-Links-Bündnis im Auge hat.

Eine *dritte* Aufgabe der radikalen Linken könnte es sein, für eine neue Kultur sozialer Gerechtigkeit, offensiver Behauptung des Werts des Öffentlichen, auch des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Dienstleistungen, des Einsatzes zur Überwindung von sozialer Desintegration und Marginalisierung zu wirken. Wesentliche soziale Kräfte der sozialen „Mitte“ der Gesellschaft sind gleichermaßen individueller Selbstbestimmung und der Solidarität verpflichtet. Die „gute Gesellschaft“ ist in den Augen der Mehrheit keinesfalls die private Gesellschaft, sondern jene, die soziale und individuelle Verantwortung miteinander verbindet (siehe Grafik 9). Die Atomisierung ist vor allem Resultat der Auflösung wesentlicher Formen gesellschaftlicher Integration in fast allen Lebensbereichen und hat zugleich Erwartungen geweckt, die Rolle von Staat und solidarischer Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger neu zu bestimmen, nicht aber sie zu verabschieden.

Grafik 9: Wer ist für die folgende Aufgabe zuständig: eher der Staat oder private Kräfte (Quelle: SOEP, Berlin, zit. in: FAZ vom 16. April 2002, S. 15)



Knapp anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges, zwei bis drei Jahrzehnte nach dem Beginn der Vorherrschaft des Neoliberalismus ist die Zeit gekommen, Grundlagen für eine neue Europäische Linke und ihr Projekt der sozialen, ökologischen, demokratischen und zivilen Umgestaltung der kapitaldominierten Gesellschaften zu legen. Im Zentrum steht die Arbeit an einer anderen überlegenen Entwicklungsweise der Wirtschaft als letztlichem Kriterium einer hegemoniefähigen Strategie. Vom moralischen Protest muss zu mehrheitsfähiger Gestaltung übergegangen werden. Die Zeit dafür drängt.